

Pressemitteilung

MHH-Protest vor Staatskanzlei und Landtag

Die Beschäftigten der Medizinischen Hochschule Hannover gehen am morgigen Donnerstag für bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße. Ab 14.00 Uhr bringen Pflegekräfte, Ärztinnen, Ärzte und weitere Mitarbeitende vor der Staatskanzlei ihren Unmut zum Ausdruck. Ab ca. 14.30 Uhr soll es in einem Protestzug zum Niedersächsischen Landtag gehen.

„Was kann das Land für die MHH tun?“ Zu dieser Frage stehen der Personalrat der Medizinischen Hochschule Hannover und Ministerpräsident Stephan Weil seit über einem Jahr in Kontakt. Der Personalrat hat im März 2020 einen Forderungskatalog übergeben, der Ansatzpunkte zur Unterstützung durch das Land Niedersachsen enthält. Ziel: die Arbeitsbedingungen zu verbessern und im Rahmen des Tarifvertrages Sonderzahlungen zu ermöglichen. Weil hatte Unterstützungsbereitschaft signalisiert, dabei blieb es jedoch. Im Sommer 2020 folgten eine größere Kundgebung der MHH-Beschäftigten vor der Niedersächsischen Staatskanzlei, in den letzten Monaten wöchentliche Mahnwachen vor dem Amtssitz des Ministerpräsidenten.

Mehrfach kam es zum persönlichen Austausch mit dem Ministerpräsidenten, der zugleich oberster Dienstherr der MHH ist: „Die Treffen fanden in angenehmer und interessierter Atmosphäre statt – umso ernüchternder ist für uns, dass keine sichtbaren Ergebnisse folgten“, berichtet Marburger-Bund-Mitglied Frank Dressler, stellvertretend für seine Kolleginnen und Kollegen im Personalrat der MHH: „Wir sind enttäuscht und erhoffen uns ein klares Signal.“

Den akuten Mangel an Pflegekräften sieht Dressler als besondere Herausforderung im Klinikalltag: „Sowohl auf den Intensiv- wie auf den Normalstationen führt der Personalnotstand zu Bettenschließungen. Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte der MHH sind ein Team und bestreiten die – gerade in Corona-Zeiten oft Kräfte zehrenden – Herausforderungen gemeinsam. Wir wünschen uns ein echtes Zeichen des Entgegenkommens“, fordert der Mediziner. Zeitnah ohne großen finanziellen Aufwand realisierbar wäre die Rücknahme eines Landeserlasses, um speziell Pflegekräften eine Stufenvorweggewährung als Ausdruck der Wertschätzung zu ermöglichen sowie eine Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen zur besseren Finanzierung der Unikliniken, an der sich auch der Bund beteiligen soll.

Die Vorsitzenden des Marburger Bundes Niedersachsen, Hans Martin Wollenberg und Andreas Hammerschmidt, unterstützen die Forderungen: „Das Klinikpersonal leidet unter der erheblich gestiegenen Arbeitsbelastung und fühlt sich zu recht von der Landespolitik im Stich gelassen: einerseits als systemrelevant mit anerkennenden Worten gefeiert, andererseits ohne Antworten auf ihre Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen stehen gelassen. Gerade in der Pandemie-Zeit gilt es, dass alle an einem Strang ziehen und Verbesserungen für die Beschäftigten geschaffen werden – damit wir alle weiterhin auf gute Leistungen in Krankenversorgung, Forschung und Lehre der MHH zählen können. Wir fordern die Landespolitik auf, sich endlich zu bewegen. Das gilt auch für den Ministerpräsidenten.“

Hannover, 14. April 2021

Pressekontakt: Stephanie Hübner, Pressereferentin Marburger Bund Niedersachsen,
Telefon: 0511 543066 17, huebner@mb-niedersachsen.de

Marburger Bund
Landesverband Niedersachsen
Schiffgraben 22
30175 Hannover

Telefon: 0511 543066-0
Fax: 0511 543066-99
info@mb-niedersachsen.de
www.mb-niedersachsen.de